

SOZIALDEMOKRATISCHES REGIERUNGSPROGRAMM FÜR HESSEN 2014-2019

KURZFASSUNG.



**GERECHTIGKEIT
MACHT STARK.**

HESSEN
SPD

VORWORT

LIEBE HESSINNEN UND HESSEN,

am 22. September sind Sie aufgerufen, den hessischen Landtag neu zu wählen. Sie entscheiden damit maßgeblich über die Zukunft unseres Landes.

Wir – die hessischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – möchten wieder Regierungsverantwortung übernehmen und für den überfälligen Politikwechsel sorgen. Damit Sie vor der Wahl wissen, was eine SPD-Landesregierung unter meiner Führung anpacken wird, haben wir unsere Ideen und Vorstellungen in diesem Kompaktprogramm auf den Punkt gebracht.

Ich will an Hessens herausragende Tradition als soziales, liberales und weltoffenes Land anknüpfen. Und ich bin davon überzeugt: Gerechtigkeit macht stark. Ich fühle mich den Menschen, jung wie alt, den vielen fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, ihren Familien, den kreativen Geistern und verantwortungsbewussten Unternehmerinnen und Unternehmern verpflichtet.

Für eine neue Politik, die der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Stärke verpflichtet ist, bitte ich Sie am 22. September um Ihre Unterstützung.

Ich wünsche Ihnen eine informative und anregende Lektüre und freue mich über Ihre Rückmeldungen.

Ihr



THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL
Landesvorsitzender und Spitzenkandidat
der SPD Hessen

1. GANZE ARBEIT LEISTEN.

FÜR GERECHTE ENTLOHNUNG UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE.

Eine starke Wirtschaft in Hessen braucht Sicherheit und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Nach 14 Jahren CDU-Regierung ist Hessen allerdings Spitzenreiter in unsicherer Arbeit. Sichere und faire Arbeitsverhältnisse werden durch Befristungen, Werkverträge, Scheinselbstständigkeit, Niedriglöhne, Leiharbeit und Stress immer weiter angegriffen.

DAFÜR SIND **VOLKER BOUFFIER** UND DIE **CDU** VERANTWORTLICH:

- Jeder und jede Vierte in Hessen arbeitet in unsicherer Beschäftigung.
- Jede dritte Frau arbeitet im Niedriglohnsektor, genauso wie 90 Prozent aller Minijobberinnen und Minijobber.
- Mehr als sieben Millionen Menschen arbeiten in Deutschland für weniger als 8,50 Euro pro Stunde. Trotzdem stimmt Bouffier im Bundesrat gegen einen flächendeckenden Mindestlohn.
- Die von der CDU anstelle eines Mindestlohns erfundene „Lohnuntergrenze“ ist ein Etikettenschwindel und ermöglicht weiterhin Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

WIR MEINEN: FÜR GUTE ARBEIT IST DER MINDESTLOHN DAS MINDESTE.

1. LOHNDUMPING BEENDEN UND ORDNUNG AUF DEM ARBEITSMARKT SCHAFFEN.

Wir setzen uns für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro ein und wollen das Ausufern der Leiharbeit durch den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ beenden. Auch das Geschäftsmodell „Lohndumping durch Werkvertrag“ darf keine Zukunft haben - genauso wie die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen.

2. TARIFTREUE- UND VERGABEGESETZ.

Wir wollen, dass öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die einen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro und Tariftreue garantieren. Das hilft vor allem kleinen und mittelständischen Betrieben, die ihre Mitarbeiter fair behandeln.

3. ÄLTERE ARBEITNEHMER BESSER EINBINDEN UND FORTBILDEN.

Dass eine einmal erlernte Tätigkeit ein ganzes Leben lang ausgeübt wird, wird immer seltener. Wir werden deshalb die Möglichkeiten der Weiterbildung und Neuqualifikation für alle Beschäftigten ausbauen. Wir werden die Betriebe unterstützen, das Potenzial älterer Arbeitnehmer einzubinden und die Arbeitsplätze gesundheitserhaltend zu gestalten. Das hilft zugleich gegen den drohenden Fachkräftemangel.

4. FINANZMÄRKTE REGULIEREN.

Für uns ist klar: In Zukunft darf kein Finanzprodukt mehr unreguliert gehandelt werden. Die Verursacher müssen an den Kosten der Krise beteiligt werden.

2. AUS ALLEN DAS BESTE MACHEN. FÜR BESSERE SCHULEN UND GERECHTE BILDUNGSCHANCEN.

Gute Bildung hängt in Deutschland heute mehr als nahezu überall sonst vom Geldbeutel der Eltern ab. Volker Bouffier und die schwarz-gelbe Landesregierung wollen dagegen jedoch nichts unternehmen.

DAFÜR SIND **VOLKER BOUFFIER** UND DIE **CDU** VERANTWORTLICH:

- **G8-Murks ohne Wahlfreiheit:** 9 von 10 Eltern wollen kein G8-Schnellabitur für ihre Kinder. Die versprochene Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 existiert nicht, da es in vielen Orten keine oder viel zu wenige G9-Angebote gibt. Trotzdem hält die CDU an G8 fest und verbietet es G8-Kindern, zurück zu G9 zu wechseln.

- **Bildungsverlierer:** Auf 1 Schulaufsteiger kommen in Hessen heute 9 Absteiger (siehe Grafik), mehr als fast überall sonst. Statt Kinder individuell zu fördern, werden sie bei Problemen entmutigt und „abgeschult“.

- **Kinderelektion:** Die frühe Aufteilung von Kindern nach Klasse 4 halten 73 Prozent der hessischen Eltern für falsch – genauso wie die meisten Schulexperten. Denn die Kinder werden dadurch viel zu früh auf einen Bildungsweg festgelegt. Die hessische CDU hält außerdem als eine der letzten an der Hauptschule fest – gegen den Willen der Eltern.

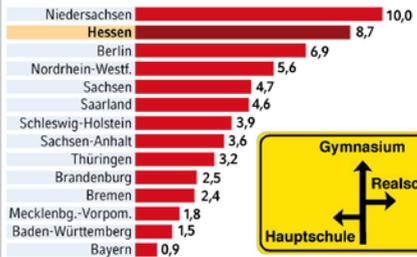
INFOGRAFIK

Wechsel der Schulform

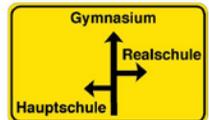
Auf jeden Aufsteiger kommen soviele Absteiger

Aufsteiger = z.B. von Haupt- oder Realschule zum Gymnasium

Absteiger = z.B. vom Gymnasium zu Real- oder Hauptschule



Keine Angaben für Hamburg u. Rheinland-Pfalz



Quelle: Bertelsmann Stiftung

Die SPD will dafür sorgen, dass alle Kinder gleiche Chancen auf gute Bildung haben. Unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern.

UNSERE VORSCHLÄGE FÜR EINE BESSERE SCHULPOLITIK:

1. WIR BEENDEN DEN G8-MURKS.

Die G8-Schulzeitverdichtung wird abgeschafft. Wir wollen stattdessen, dass sich die Schulzeit nach individuellen Lern- und Entwicklungsbedingungen des einzelnen Kindes richtet.

2. AUS ALLEN DAS BESTE MACHEN.

Wir werden dafür die Schuleingangsstufe (Klasse 1 und 2) und die gymnasiale Oberstufe flexibel gestalten – sodass das Abitur, je nach Lerngeschwindigkeit und Elternwillen, z. B. nach 12 oder 13 Schuljahren abgelegt werden kann. Kindern, die in G8 sind, wollen wir den Wechsel zu G9 ermöglichen.

2. WIR SCHAFFEN ÜBERALL IN HESSEN ECHTE GANZTAGSANGEBOTE UND BAUEN JÄHRLICH 100 GRUNDSCHULEN ZU GANZTAGSSCHULEN AUS.

Von echten Ganztagschulen, die den Kindern neben dem normalen Unterricht Angebote für Kultur, Sport, Spiel, Bewegung, Hausaufgabenbetreuung und schulische Nachhilfe bieten, können alle Kinder profitieren. Besonders wichtig sind sie für diejenigen, die sonst keine Chance auf Förderung haben. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass jedem Kind wohnortnah eine ganztägig arbeitende Schule angeboten wird. Den Etikettenschwindel der CDU, die bereits eine pädagogische Mittagsbetreuung zur „Ganztagschule“ schönrechnet, werden wir beenden.

3. GEMEINSAM VON VIELFALT PROFITIEREN UND KINDER INDIVIDUELL FÖRDERN.

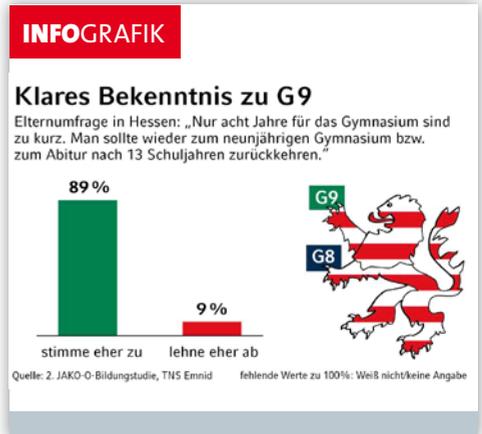
Jedes Kind kann von den vielfältigen Kenntnissen, Interessen und Fähigkeiten anderer Kinder profitieren und seine eigenen Stärken vermitteln sowie ausbauen. Daher sind wir der Überzeugung, dass längeres gemeinsames Lernen bis zur zehnten Klasse mehr Chancen und echte Spielräume für alle Kinder und Jugendlichen eröffnet – wie es in den PISA-Siegerländern erfolgreich praktiziert wird. Wir wollen deshalb allen Schulen anbieten, diesen pädagogischen Weg zu gehen. Dies kann nur mit den Eltern, Lehrkräften und Schülern gemeinsam gelingen und wird deshalb nicht von oben verordnet. Wir werden außerdem die bestehenden Barrieren für behinderte Kinder in unserem Schulsystem abbauen.

4. PÄDAGOGISCH VERALTETE MASSNAHMEN WERDEN DURCH SINNVOLLERE ERSETZT.

Die Zwangsversetzung von Kindern auf niedrigere Schulformen („Abschulung“) und das Sitzenbleiben sind Maßnahmen aus dem vorletzten Jahrhundert, die Kinder beschämen und zu oft zu gescheiterten Bildungskarrieren führen. Wir werden sie durch individuelle Förderung und Nachhilfe ersetzen.

5. MEHR STEUERGERECHTIGKEIT FÜR MEHR BILDUNG SCHAFFEN.

Wir wollen die obersten zehn Prozent angemessen an der Finanzierung unserer Gesellschaft beteiligen und so bessere Kitas und echte Ganztagschulen finanzieren. Unser Kredo: 1 Prozent Vermögenssteuer für 100 Prozent Bildung.



3. MODERNE FAMILIENPOLITIK WAR LANGE GENUG HESSENS STIEFKIND.

BESSERE POLITIK FÜR FAMILIEN MIT KINDERN, SENIOREN UND BEZAHLBARES WOHNEN.

Moderne Familienpolitik ist für die rückständige Hessen-CDU unter Volker Bouffier ein Feindbild. An wirkungsvollen Maßnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum haben CDU und FDP wenig Interesse.

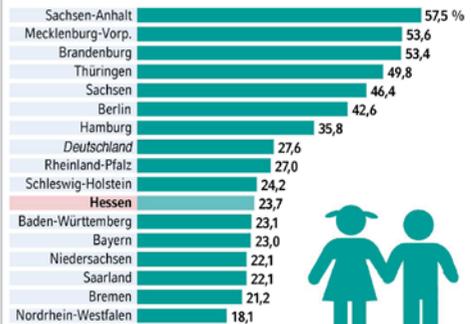
DAFÜR SIND **VOLKER BOUFFIER** UND DIE **CDU** VERANTWORTLICH:

- **Mangelhafte Kinderbetreuung:** Die Zahl der Betreuungsplätze wird von der CDU schöngerechnet. Wartezeiten von vielen Monaten oder sogar Jahren sind die Regel. Durch das „KiföG“ bringt die CDU jetzt zudem Kitas im ländlichen Raum in Gefahr und setzt Anreize für verkürzte Öffnungszeiten und übergroße Gruppen.
- **Untätigkeit bei explodierenden Mieten:** Die CDU hat jahrelang den explodierenden Mieten tatenlos zugesehen. Durch die Streichung der Fehlbelegungsabgabe und andere Maßnahmen wurden den Kommunen Mittel für den sozialen Wohnungsbau entzogen. Die Zahl der hessischen Sozialwohnungen sinkt. Das im Wahlkampf angekündigte Sonderprogramm ist dagegen nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

INFOGRAFIK

Fehlende Krippenplätze

Anteil der unter 3-Jährigen in Betreuung



Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand 2012



UNSERE VORSCHLÄGE FÜR FAMILIEN UND MEHR BEZAHLBAREN WOHNRAUM:

1. RECHTSANSPRUCH AUF GANZTAGSPLÄTZE UND FÖRDERUNG FÜR ALLE KINDER.

Wir wollen Familien entlasten und alle Kinder optimal fördern. Deshalb wollen wir für jedes Kind unter sechs Jahren den Rechtsanspruch auf ganztägige individuelle Förderung und Betreuung umsetzen. Dadurch und durch den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen machen wir Familie und

3. MODERNE FAMILIENPOLITIK WAR LANGE GENUG HESSENS STIEFKIND.

Beruf vereinbar. Die von der CDU mit dem „KiföG“ eingeführten Verschlechterungen für die Kitas werden wir zurücknehmen.

2. KOSTENFREIE KITAS STATT BETREUUNGSGELD.

Gemeinsam mit einer von Peer Steinbrück geführten Bundesregierung wollen wir bis 2017 für gebührenfreie Kitas sorgen und die Familien so um durchschnittlich 1.900 Euro im Jahr entlasten. Das unsinnige Betreuungsgeld wird die SPD abschaffen.

3. BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Wir wollen, dass alle Menschen gut wohnen und leben können:

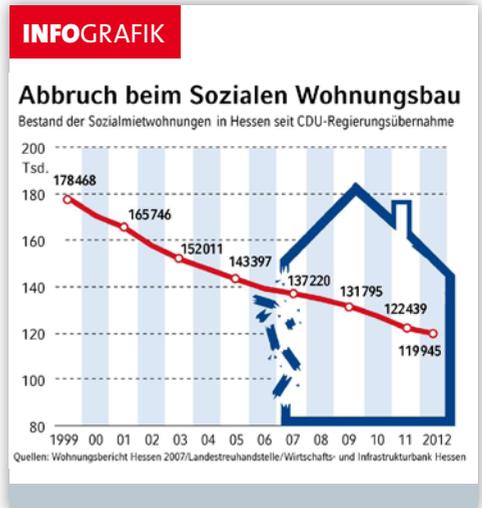
- Wir werden deshalb den Bau neuer Sozialwohnungen verdoppeln.
- Wir werden es den Kommunen ermöglichen, selbst über die Einführung einer Fehlbelegungsabgabe zu entscheiden, um ausreichend Sozialwohnungen vorhalten zu können.
- Wir stärken die öffentlichen Wohnungsunternehmen wie die Nassauische Heimstätte und erteilen einer Privatisierung eine Absage.
- Wir setzen uns für eine Senkung der Stromsteuern ein, um die Energiekosten für alle Haushalte zu senken.
- Wir setzen uns im Bundesrat für eine mieterfreundliche Gesetzgebung und eine wirksame Mietpreisbremse ein. Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass die Kosten für Immobilienmakler in Zukunft nicht mehr vom Vermieter auf die Mieter abgewälzt werden dürfen.
- Für Studierende werden wir pro Jahr mindestens 1.000 neue Wohnheimplätze schaffen. Wir wollen zudem Alternativen, wie zum Beispiel Mietgarantiemodelle nutzen, um dem massiven Bedarf nach bezahlbarem studentischem Wohnraum gerecht zu werden.

4. GUTES LEBEN IM ALTER SICHERN.

Wir wollen, dass Seniorinnen und Senioren in Hessen in größtmöglicher Selbstständigkeit leben können, wo und wie sie wollen.

Wir unterstützen sie dabei durch die Förderung der dazu notwendigen Wohn- und Versorgungsstruktur. Wir werden ältere Menschen durch gezielte Wohnberatung sowie Wohnraumanpassung dabei unterstützen, dass sie so lange wie möglich in ihren bisherigen Wohnungen würdevoll leben können. Aus diesem Grund steht auch die Förderung von genossenschaftlichen und generationsübergreifenden Wohnprojekten in unserem Fokus.

Wir werden außerdem einen Rechtsanspruch auf ein Einzelzimmer im Pflegeheim schaffen und flächendeckend Seniorenbeiräte einführen.



4. ALLEN DEN EINSTIEG ERMÖGLICHEN.

FÜR EINE AUSBILDUNGSGARANTIE UND FREIEN ZUGANG ZUM STUDIUM.

Studium und Berufsausbildung sichern jungen Menschen den Platz in unserer Gesellschaft. Mit der Bewältigung der steigenden Studierendenzahlen wurden jedoch die hessischen Hochschulen allein gelassen. Das Übergangssystem für junge Leute, die keinen Ausbildungsplatz finden, ist ineffektiv und dringend reformbedürftig.

DAFÜR SIND **VOLKER BOUFFIER**
UND DIE **CDU** VERANTWORTLICH:

- **Trotz Fachkräftemangel investiert Hessen immer weniger in seine klugen Köpfe.** Der Zuschuss pro Studierenden ist in den letzten Jahren von 9.542 auf 8.437 Euro gesunken.

- **Mehr als 200.000 junge Menschen in Hessen sind ohne abgeschlossene Berufsausbildung.**

INFOGRAFIK

Sinkendes Niveau

Zuschüsse je Studierenden an die hessischen Hochschulen



Quelle: Konferenz Hessischer Universitätspräsidenten (KHU)

WIR WOLLEN ALLEN JUNGEN MENSCHEN DEN START IN STUDIUM UND BERUF ERMÖGLICHEN:

1. FÜR EIN RECHT AUF AUSBILDUNG: DIE AUSBILDUNGSGARANTIE.

Wir wollen eine Garantie einer beruflichen Qualifikation für alle jungen Menschen unter 35 Jahren einführen. Dazu werden wir ein auf insgesamt zehn Jahre angelegtes Programm auflegen. Allen jungen Menschen, die heute über keinen berufsqualifizierenden Abschluss verfügen, garantieren wir bis zu einem erfolgreichen Abschluss alle dazu erforderlichen Angebote und Unterstützungen.

2. ÖFFNUNG DER HOCHSCHULEN UND GEBÜHRENFREIES STUDIUM.

Gemeinsam mit den Studierenden hat die SPD 2008 in Hessen das gebührenfreie Studium durchgesetzt. Dabei wird es bleiben. Wir wollen außerdem das Recht auf Zugang zum Masterstudium verankern. Wir werden zudem die Vereinbarkeit von Studium und Beruf durch Teilzeitstudium und das Studieren mit Kind fördern.

3. HOCHSCHULEN VERLÄSSLICH FINANZIEREN.

Steigende Studierendenzahlen in den nächsten fünf Jahren verlangen verlässliche Rahmenbedingungen. Die Hochschulen werden zusätzliche Räumlichkeiten und stetig ansteigende Finanzmittel benötigen.

5. IN HESSEN ZUHAUSE FÜHLEN.

ERFOLGREICHE INTEGRATION STATT AUSGRENZUNG.

Hessen ist ein erfolgreiches Einwanderungsland. Die hessische CDU versucht dennoch immer wieder, in Wahlkämpfen gegen Menschen mit ausländischen Wurzeln zu polemisieren und verschleppt sinnvolle Integrationsmaßnahmen.

UNSERE VORSCHLÄGE, DAMIT SICH ALLE HESSINNEN UND HESSEN HIER ZU HAUSE FÜHLEN KÖNNEN:

1. KITAS UND SCHULEN BEI DER INTEGRATION UNTERSTÜTZEN.

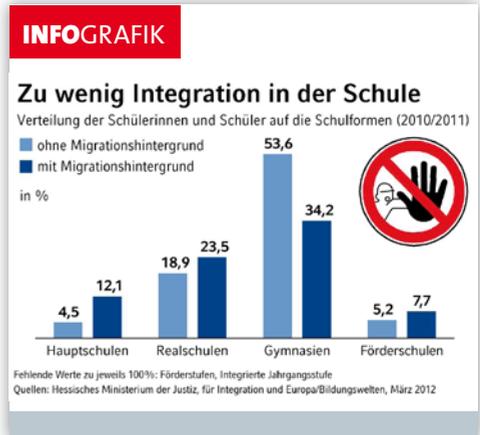
In Kitas und Grundschulen werden die Weichen für den späteren Bildungs- und Integrationserfolg gestellt. Wir wollen, dass dort Sprachförderung für alle Kinder bedarfsgerecht angeboten wird. Wir werden den Umgang mit anderen Kulturen zu einem Schwerpunkt der Lehrer- und Erzieherausbildung machen und für mehr Lehrkräfte und Erzieher mit Migrationshintergrund sorgen. Von der ausgrenzenden Schulpolitik der CDU sind Kinder aus Migrantenfamilien besonders stark betroffen. Die HessenSPD steht für einen Kurswechsel in der Schulpolitik: Wir wollen es den Schulen ermöglichen, alle Kinder individuell zu fördern und zu unterstützen.

2. INTEGRATION INS BERUFSLEBEN FÖRDERN.

Wir werden jungen Erwachsenen ohne Schul- oder Berufsabschluss neue Chance eröffnen, um zum Beispiel einen Schulabschluss und/oder eine Ausbildung nachzuholen.

3. DOPPELTE STAATSBÜRGERSCHAFT UND KOMMUNALWAHLRECHT EINFÜHREN.

Der sogenannte Optionszwang setzt junge Menschen rund um ihren 18. Geburtstag unter Loyalitätskonflikte zwischen ihren beiden Herkunftsländern und bürdet ihnen vielfach ein hohes Maß an Bürokratie, Reisen und Kosten auf, um die deutsche Staatsbürgerschaft behalten zu können. Wir unterstützen deshalb ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht und die doppelte Staatsbürgerschaft. Wir wollen daher das kommunale Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen einführen und die Ungleichbehandlung zwischen EU-Bürgerinnen und -Bürgern und den Menschen aus Nicht-EU-Staaten beenden.



6. ECHE TE GLEICHBERECHTIGUNG.

SOLIDARISCHES ZUSAMMENLEBEN.

Frauen wollen heute selbst über ihre Lebensentwürfe entscheiden. Die rückwärtsgewandte Hessen-CDU will das nicht wahrhaben.

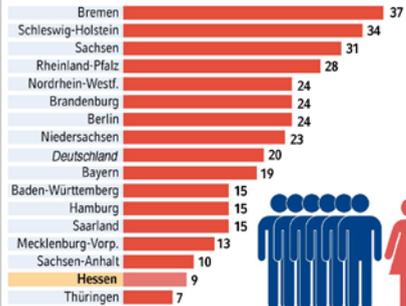
VOLKER BOUFFIER UND SEINE CDU-LANDESREGIERUNG TUN NICHTS FÜR GLEICHBERECHTIGUNG:

Statt in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu investieren, hat die CDU mit dem unsinnigen Betreuungsgeld Milliarden verschwendet. Bei Frauen in Führungspositionen liegt Hessen im Länder-Ranking abgeschlagen. Angebote zum Wiedereinstieg in den Beruf wurden gestrichen, Beratungs- und Hilfsangebote wie Frauenhäuser und Schwangerenkonfliktberatung massiv gekürzt.

INFOGRAFIK

Frauen in Führungspositionen

Anteil in % bei obersten Landesbehörden



Quelle: BM f. Familie, Senioren, Frauen u. Jugend/Atlas zur Gleichstellung von Frauen u. Männern 2011

SO GEHT MODERNE POLITIK FÜR GLEICHBERECHTIGUNG UND GLEICHSTELLUNG:

1. WIR STEHEN ZUM GRUNDSATZ „GLEICHER LOHN FÜR GLEICHWERTIGE ARBEIT“.

Zusammen mit Wirtschaft und Tarifparteien wollen wir für Lohngleichheit von Frauen und Männern sorgen.

2. GLEICHBERECHTIGUNG IM STEUERRECHT SCHAFFEN.

Wir wollen für neu geschlossene Ehen das Ehegattensplitting durch eine Regelung ersetzen, welche Ehen mit zwei voll Berufstätigen nicht länger benachteiligt. Alleinerziehende Eltern wollen wir steuerlich entlasten.

3. FAMILIE UND BERUF LEICHTER VEREINBAR MACHEN.

Wir wollen den Wiedereinstieg in den Beruf nach Pflege- oder Erziehungsphasen erleichtern. Eine Familienarbeitszeit soll Eltern erlauben, ihre Arbeitszeit zeitlich befristet partnerschaftlich zu reduzieren (z. B. 30-Stunden-Woche), ohne dass dies zu Lasten ihrer beruflichen Entwicklung geht.

4. FRAUEN DEN ZUGANG ZU FÜHRUNGSPPOSITIONEN ERMÖGLICHEN.

Wir wollen, dass Frauen bei der Besetzung wichtiger Positionen in Hessen nicht länger unterrepräsentiert bleiben und werden den weiblichen Führungsnachwuchs gezielt unterstützen. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Einführung gesetzlicher Frauenquoten in Aufsichtsräten und Vorständen ein. Wir werden unseren Anspruch bei der Besetzung von wichtigen Positionen auch selbst entsprechend umsetzen.

7. VOR ORT ZUR STELLE SEIN.

FÜR LEBENSWERTE VERHÄLTNISS IN DER STADT UND AUF DEM LAND.

In Hessens Städten und Gemeinden wird über die konkreten Lebensverhältnisse und Teilhabechancen entschieden. Sie sorgen für Straßen, Schwimmbäder, Kitas, Schulen und den ÖPNV. Trotzdem betreibt die CDU-Landesregierung Raubbau an den Kommunen.

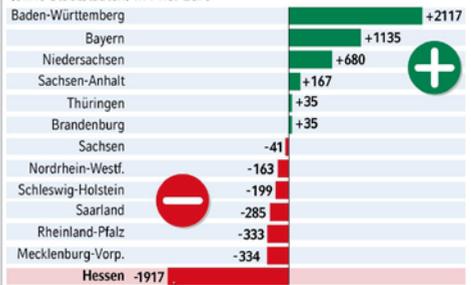
DAFÜR SIND **VOLKER BOUFFIER** UND DIE **CDU** VERANTWORTLICH:

- **Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger:** Mit einer Kürzung um 344 Millionen Euro pro Jahr hat die CDU die hessischen Kommunen in massive Notlagen gedrängt. Mit einem „Rettungsschirm“ wurden in dieser Situation zahlreiche Kommunen zu Leistungskürzungen und Gebührenerhöhungen gezwungen.
- **Die CDU schadet dem ländlichen Raum:** Das Dorferneuerungsprogramm wurde zusammengestrichen und der Zugang zu den Fördermitteln erschwert.
- **Die CDU hat kein Konzept für moderne Großstadtpolitik und die Zukunft des Ballungsraums Rhein-Main.**

INFOGRAFIK

Beim Defizit die rote Laterne

Finanzierungssalden der Gemeinden in den Bundesländern 2012 (ohne Stadtstaaten) in Mio. Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt
Stand März 2013
Kern- und Extrahaushalte

WIR SORGEN FÜR STARKE STÄDTE UND GEMEINDEN IM INTERESSE IHRER BÜRGER:

1. WIR MACHEN HESSENS KOMMUNEN WIEDER HANDLUNGSFÄHIG.

Den strukturellen Entzug von über 344 Mio. Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich werden wir korrigieren und so eine soziale Politik vor Ort wieder möglich machen. Gemeinsam mit einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung wollen wir das Programm „Soziale Stadt“ ausbauen, mit dem wir sozial benachteiligte Stadtteile aufwerten.

2. WIR STÄRKEN DEN LÄNDLICHEN RAUM.

Der Zugang zu Arbeit, Bildung, Betreuung, Gesundheitsversorgung, Kultur, Mobilität und Sport muss weiterhin überall in Hessen möglich sein. Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes gehört auch eine gesetzlich garantierte Grundversorgung mit schnellem Internet.

3. WIR GESTALTEN DEN BALLUNGSRAUM.

Wir werden einen Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main einführen, der die Region im internationalen Standortwettbewerb handlungsfähig macht.

8. NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN.

FÜR EINEN BEWUSSTEN UMGANG MIT UNSERER UMWELT UND EINEN ENTSCHEIDENEN VERBRAUCHERSCHUTZ.

Nur in einer intakten Umwelt lässt es sich gut leben und arbeiten. Wir bringen die wirtschaftliche Stärke, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die Interessen Einzelner und Aller in Einklang mit Umwelt und Natur.

UNSERE VORSCHLÄGE FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN:

1. DEN EHRENAMTLICHEN NATURSCHUTZ FÖRDERN.

Der Schutz der Natur wäre ohne die Arbeit der vielen ehrenamtlich Tätigen bei Weitem nicht so fortgeschritten, wie er heute ist. Diese Arbeit wollen wir unterstützen. Dazu gehört auch die Beteiligung an Verwaltungsverfahren und das Instrument der Verbandsklage. Wir werden wieder Beiräte bei den oberen Naturschutzbehörden einrichten und die Rechte der Naturschutzbeiräte zusätzlich ausweiten.

2. DIE SCHUTZ- UND ERHOLUNGSFUNKTION DES HESSISCHEN WALDES ERHALTEN.

Mit uns wird es deshalb keinen Verkauf von Staatswald geben. Wir unterstützen die Ausweisung von Naturparks und werden stärker als bisher dafür Sorge tragen, dass EU-Mittel ihren Weg in den hessischen Forst und Naturschutz finden.

3. DIE ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT UNTERSTÜTZEN.

Wir wollen den ökologischen Landbau in Hessen in Forschung, in Lehre, Beratung und Versuchswesen, im Aufbau effizienter Betriebs- und Vermarktungsstrukturen sowie im Marketing besonders fördern.

4. KEINE GENTECHNISCHEN EXPERIMENTE GEGEN DEN WILLEN DER VERBRAUCHER.

Wir bleiben dabei: Keine Verwendung von gentechnisch veränderten Pflanzen und null Toleranz bei Futtermitteln.

5. FÜR ARTGERECHTE TIERHALTUNG SORGEN.

Wir streben eine bessere Überwachung von Tiertransporten und den schrittweisen Ersatz von Tierversuchen durch gleichwertige Verfahren an. Außerdem werden wir die Tierschutzverbände mit einem Verbandsklagerecht stärken.

9. NEUE ENERGIE FÜR HESSEN.

POLITIK FÜR WACHSTUM, INNOVATION UND EINE SOZIALE ENERGIEWENDE.

Hessen war lange Wachstumsmotor unter den Bundesländern. Dieses Erbe droht die CDU durch Ideenlosigkeit und Untätigkeit zu verspielen. Ob Fachkräftemangel, Energiewende, Breitbandversorgung oder fehlende Ausbildungsplätze – die amtierende Landesregierung hat keine tragfähigen Konzepte für die Zukunft vorzuweisen.

WIR WOLLEN, DASS HESSEN WIEDER VORREITER WIRD:

1. NEUE ENERGIE FÜR HESSEN.

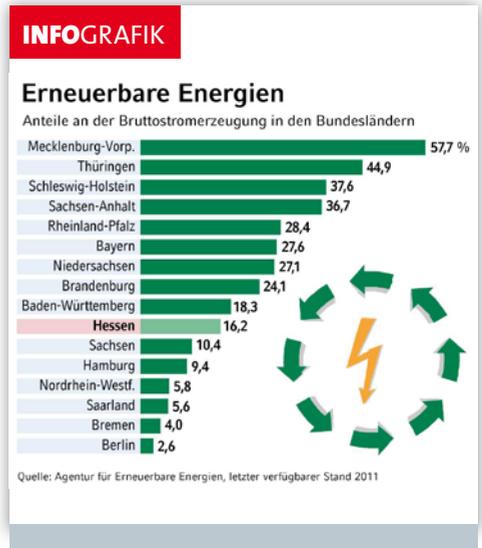
Die wirtschaftliche und soziale Energiewende ist das wichtigste Umbauprojekt der Wirtschaft in Deutschland und bietet Chancen für mehrere hunderttausend gut bezahlte Arbeitsplätze. Wir wollen, dass die Energiewende nicht nur den großen Energiekonzernen zu Gute kommt, sondern Geld und Arbeitsplätze in die hessischen Gemeinden bringt. Wir werden deshalb unter anderem zwei Prozent der Landesfläche als Windvorranggebiete ausweisen und das von der CDU erlassene wirtschaftliche Betätigungsverbot für die Gemeinden aufheben.

2. FAIRE BEDINGUNGEN FÜR DEN MITTELSTAND HERSTELLEN.

Der Wettbewerb um Aufträge wird immer häufiger von den Betrieben entschieden, die ihre Angebote auf der Grundlage von Lohndumping abgeben. Dies behindert seit Jahren die Innovationskraft unserer hessischen Betriebe. Hessen braucht deshalb ein europarechtskonformes Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz, das auch für unsere heimischen Unternehmen faire Wettbewerbsbedingungen schafft.

3. ZUKUNFTSTECHNOLOGIEN FÖRDERN.

Hessen braucht wieder eine gestaltende Wirtschaftspolitik, die zukunftsfähige und gesellschaftlich sinnvolle Schwerpunkte setzt. Dazu gehört beispielsweise die Förderung von Elektromobilität, innovativen öffentlichen Verkehrssystemen und lärmreduzierenden sowie ressourceneffizienten Technologien. Oder die Förderung der Kreativ- und Netzwirtschaft, mittlerweile einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige in Rhein-Main.



10. LIBERALES, SICHERES UND DEMOKRATISCHES HESSEN.

MEHR DEMOKRATIE UND BESSERE INNENPOLITIK.

Hessen ist stolz auf seine Tradition als modernes, liberales und demokratisches Land. Die amtierende Landesregierung weigert sich jedoch, Hürden für Beteiligung und direkte Demokratie abzubauen. In der Sicherheitspolitik setzt die CDU auf kurzfristige Repression statt auf nachhaltige Verbrechensbekämpfung durch Prävention.

UNSERE VORSCHLÄGE FÜR EINE BESSERE INNENPOLITIK:

1. UNSER LAND IST REIF FÜR MEHR DEMOKRATIE.

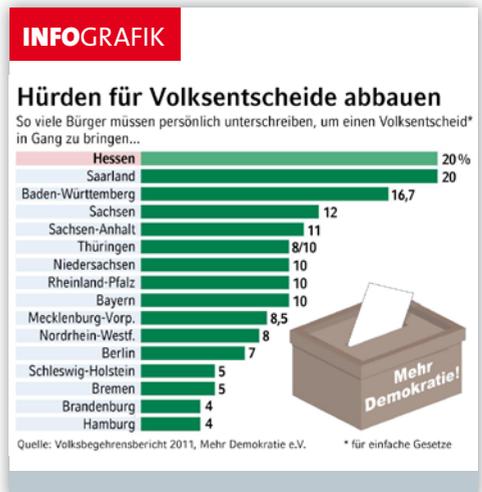
Wir setzen uns dafür ein, dass Volksentscheide auf Bundesebene eingeführt und die Hürden in Hessen auf ein bürgerfreundlicheres Maß abgesenkt werden, das Beteiligung ermöglicht, statt sie zu verhindern. Die Finanzierung von Abstimmungskampagnen wollen wir dabei streng transparent machen und notfalls eingrenzen, um finanzstarken Verbänden und Lobbyisten keine überproportionale Einflussnahme zu ermöglichen.

2. DEMOKRATIE UND ENGAGEMENT FALLEN NICHT VOM HIMMEL.

Wir wollen, dass sich besonderes ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen auch bei der schulischen Leistungsbewertung und beim Zugang zu Ausbildungs- und Studienplätzen widerspiegelt. Damit Jugendliche über ihre Belange vor Ort mitentscheiden können, setzen wir uns für die Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre ein.

3. MEHR SICHERHEIT DURCH ZUSÄTZLICHE POLIZEI, RESOZIALISIERUNG UND PRÄVENTION.

Mit der Reduzierung der Einstellungszahlen von 550 auf rund 400 Polizeianwärterinnen und -anwärter hat die CDU-Landesregierung den Stellenabbau bei der hessischen Polizei abermals verschärft. Wir wollen gesicherte Polizeiarbeit vor Ort und Erhalt der Polizeipräsenz in der Fläche. Dazu wollen wir zu einer kontinuierlich hohen Ausbildungsrate mit mindestens 550 Neueinstellungen zurückkehren. Ziel des Justizvollzugs ist es, Straffällige wieder in die Gesellschaft einzugliedern und so die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Dazu sind Instrumente wie die gemeinnützige Arbeit und die „elektronische Fußfessel“ in vielen Fällen wirkungsvoller als bloßes „Wegsperrn“ auf Zeit.



11. GERECHTIGKEIT RECHNET SICH.

ZUKUNFTSAUFGABEN SOLIDE GEGENFINANZIEREN.

Unseriöse Haushaltspolitik hat in Hessen zwei Namen: Roland Koch und Volker Bouffier. Sie haben Hessens Schulden in wenigen Jahren verdoppelt.

DAFÜR SIND **VOLKER BOUFFIER** UND DIE **CDU** VERANTWORTLICH:

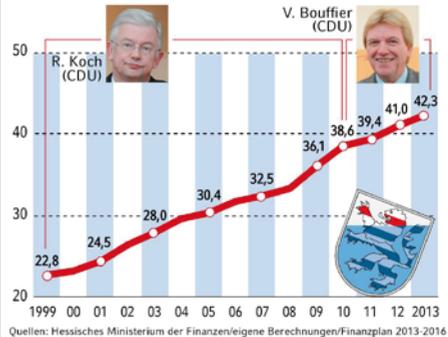
- **Hessens Schulden verdoppelt:** Statt für solide Staatseinnahmen durch eine angemessene Beteiligung von Hochverdienern und Vermögenden zu sorgen, nimmt die CDU steigende Zinslasten in Kauf und plündert die Kassen unserer Städte und Gemeinden.
- **Klientelgeschenke und Geldverschwendung:** Ob „Euro-Hawk“-Debakel, Betreuungsgeld, „Mövenpick-Steuer“, Verfahrensfehler bei der AKW-Biblis-Stillegung und laxer Umgang mit reichen Steuerhinterziehern – Merkel und Bouffier verschwenden Milliarden, die für Schulen, Straßen und bessere Kitaplätze fehlen.

- **Zunehmende Spaltung der Gesellschaft:** Die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland wird immer ungerechter. Das oberste Zehntel besitzt schon jetzt mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens, der Rest der Gesellschaft immer weniger. Trotzdem blockieren CDU und FDP höhere Vermögenssteuern.

INFOGRAFIK

Hessens Schulden nahezu verdoppelt

Kreditmarktschulden 1999 - 2013 in Mrd. Euro



DIE SPD STEHT FÜR EINE SOLIDE FINANZIERUNG DER ZUKUNFTSAUFGABEN:

1. MEHR STEUERGERECHTIGKEIT.

Den strukturellen Entzug von über 344 Mio. Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich werden wir korrigieren und so eine soziale Politik vor Ort wieder möglich machen. Gemeinsam mit einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung wollen wir das Programm „Soziale Stadt“ ausbauen, mit dem wir sozial benachteiligte Stadtteile aufwerten.

2. STEUERFLUCHT KONSEQUENT BEKÄMPFEN.

Steueroasen sind Gerechtigkeitswüsten. Statt zweifelhafte Ablasshandel für Steuersünder zu ermöglichen, bekämpfen wir Steuerflucht durch mehr Steuerfahnder.

3. AUSGEGLICHENEN HAUSHALT BIS 2020 ERMÖGLICHEN.

Wir werden durch kluges Sparen, die Erhebung gerechter Steuern und das Setzen politischer Schwerpunkte bis spätestens 2020 einen ausgeglichenen Landeshaushalt ermöglichen.

**EINE AUSFÜHRLICHE FASSUNG UNSERES
REGIERUNGSPROGRAMMES 2014–2019 FINDEN SIE AUF
WWW.SPD-HESSEN.DE/REGIERUNGSPROGRAMM**



IMPRESSUM

SPD-LANDESVERBAND HESSEN

V.i.S.d.P. Generalsekretär Michael Roth MdB
Rheinstraße 22
65185 Wiesbaden

LAYOUT & SATZ

clemenzick.de

INFOGRAFIKEN

Michael Breuer

WWW.SPD-HESSEN.DE

WWW.SCHAEFER-GUEMBEL.DE



[FACEBOOK.COM/THORSTENSCHAEFERGUEMBEL](https://www.facebook.com/thorstenschaeferguembel)



[@TSGHESSEN](https://twitter.com/TSGHESSEN)

GERECHTIGKEIT MACHT STARK.

**HESSEN
SPD**